Herr Hoffmann teilt mit, dass der Antrag der UWG-Fraktion aus TOP 5.1.3 mit diesem Antrag der CDU-Fraktion zusammen abzuhandeln ist, da beide Anträge in dieselbe Richtung zielen.

Herr Viebach erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Er fordert für die Erstellung eines solchen Sozialraumplanes eine Veranschlagung im Haushaltsplan i.H.v. 40.000 € mit Sperrvermerk. Darüber hinaus soll eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Fraktionen eingerichtet werden, um Leitlinien für ein entsprechendes Sozialraumkonzept zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen in der Ratsitzung im Juni beschlossen werden.

Herr Stark lobt dieses Vorhaben grundsätzlich, merkt jedoch an, dass der Antrag der CDU-Fraktion keine eindeutige Zielsetzung beinhaltet, die beschlossen werden könnte.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stark weist Herr Nipken, dass durch die Veranschlagung der 40.000 € der Ergebnisplan belastet wird.

Herr Schröder ist ebenfalls der Ansicht, dass eine entsprechende Sozialraumplanung wichtig ist. Es sollten jedoch zunächst die Vorgaben festgesetzt werden, die damit erreicht werden sollen. Dieser Schritt wäre noch nicht mit Kosten verbunden.

Herr Schäfer stimmt den Ausführungen von Herrn Stark zu. Der Bedarf der Bevölkerung wird sich aufgrund des demographischen Wandels stark verändern. Er macht deutlich, dass für die Formulierung der Ziele verschiedene Quellen notwendig sind und hebt hervor, dass der Sozialraumplan alle Bereiche abdecken soll.

Herr Müller erklärt, dass auch die SPD-Fraktion diesem Vorhaben nicht abgeneigt ist. Er vertritt allerdings die Meinung, dass zur endgültigen Entscheidung über eventuell notwendige Finanzmittel, erstmal einige Treffen der Arbeitsgruppe abgewartet werden sollen.

Herr Michalides schließt sich den Ausführungen von Herrn Müller an.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass zwar die Anregungen von den Politikern kommen können; die intensiveren Arbeiten müssten jedoch von externen Fachleuten übernommen werden.

Herr Stark möchte von der Verwaltung wissen, ob der genannte Betrag von 40.000 € ausreicht und wodurch diese zusätzliche Auszahlung/Aufwendung gedeckt werden soll.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine genauere Bezifferung nicht möglich ist, da die genaue Zielsetzung noch nicht festgelegt wurde. Ein Vorschlag zur Deckung sollte vom Antragssteller erfolgen; ansonsten müsste mit der Konsequenz der zusätzlichen Belastung des Ergebnisplanes gerechnet werden.

Herr Schröder merkt an, dass bei der Beschaffung der neuen Dienstkleidung für die freiwillige Feuerwehr kein Deckungsvorschlag gefordert wurde. Er schlägt vor, die Deckung durch die Zahlungen der SANA an die Stadt zu gewährleisten.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Einladung zu dem Arbeitskreis seitens der Verwaltung kurzfristig erfolgen wird. Die weiteren Einzelheiten sollen in der Ratssitzung am 26.04.2012 geklärt werden.